



Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Regionalverband Südlicher Oberrhein (RVSO)

Angelika Schwarz-Marsteller
Deutscherrenstr. 1, D-79211 Denzlingen,
Angelika.Schwarz-Marsteller@t-online.de
Tel. 07666 2451

Per Klabundt
Marie-Curie-Str.34, 79100 Freiburg
Tel.:0761 553676
klabundt@100prozentgmbh.de

24. Juli 2017

Minister für Verkehr
Winfried Hermann
winfried.hermann@gruene.landtag-bw.de

Zur Kenntnis: Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon, Regionalverband Südlicher Oberrhein, Grüne Fraktion im Regionalverband Südlicher Oberrhein, Thomas Marwein

Sehr geehrter Herr Minister Hermann,

wir als Grüne Fraktion im Regionalverband Südlicher Oberrhein (RVSO) nehmen Bezug auf die Mitteilung des Verkehrsministeriums vom 17. Juli 2017 „Radschnellverbindungen aus einer Hand: Land realisiert drei Pilotstrecken“ (s. Anhang). Die vier im Verbandsgebiet geplanten Radschnellwegstrecken sind zu unserem Bedauern (und zu unserer Verärgerung) nicht berücksichtigt worden.

Der Regionalverband Südlicher Oberrhein (RVSO) hat sich bereits im Jahr 2016 intensiv mit dem Thema „Radschnellwege“ befasst und wichtige Vorarbeiten geleistet:

- Im April 2016 wurde vom RVSO auf eigene Kosten eine Potenzialanalyse „Radschnellwege Südl. Oberrhein“ in Auftrag gegeben.
- Im Dezember 2016 lagen die Ergebnisse der Analyse liegt vor - **sieben Korridore im Verbandsgebiet (Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen und Ortenau sowie der Stadtkreis Freiburg) haben das Potential für Radschnellwege.**
- Daraufhin erfolgte im Januar/Februar 2017 die Ausschreibung der Machbarkeitsstudien für vier Korridore mit den höchsten Pendlerzahlen.
- eine Delegation des RVSO besichtigte im Mai 2017 die erste Fahrrad-Schnellstraße Deutschlands, den „RS 1“ in Essen. Drei Grüne Fraktionsmitglieder nahmen daran teil.
- Es erfolgte die Auftragsvergabe für vier Machbarkeitsstudien durch den RVSO (Zeithorizont bis Mai 2018).

Diese Vorarbeiten waren, zumindest was die Aktivitäten der baden-württembergischen Regionalverbände betrifft, vorbildlich. Sie erfolgten mit nahezu einstimmiger Zustimmung der Gremien und waren parteiübergreifend unstrittig. Umso erstaunter waren wir über die Pressemitteilung des Verkehrsministeriums vom 17. Juli 2017, in der das Land ankündigte, dass in Baden-Württemberg die Baulastträgerschaft für die Radschnellverbindungen Heidelberg - Mannheim, Heilbronn - Neckarsulm - Bad Wimpfen und Esslingen – Stuttgart übernommen wird. Das bedeutet, dass das Land für die Umsetzung, den Erhalt und die Unterhaltung der Strecken sorgen wird. Begründet wird dies damit, dass diese drei Pilotprojekte eine „hohe Landesbedeutung“ hätten.

In vielen Kommunen und Regionen, so auch im Gebiet des RVSO, werden derzeit mit Förderung des Landes Machbarkeitsuntersuchungen für weitere Radschnellverbindungen vorangetrieben. Laut Verkehrsministerium werden diese Strecken in der Regel aber nicht als Landesstrecken umgesetzt werden, hier wird das Land kommunale und regionale Träger nur bei der Umsetzung unterstützen.

Das Beispiel Radschnellweg Essen hat uns jedoch gezeigt, dass bei Planung und Bau der Radschnellwege eine einheitliche Trägerschaft durch das Land unerlässlich sind, um eine gleichmäßige hohe Qualität der Radwege und eine schnelle Umsetzung der Baumaßnahmen zu ermöglichen. Das Land Nordrhein-Westfalen hat im Oktober 2016 durch eine Änderung seines Straßengesetzes die Straßenbaulast für sämtliche Radschnellverbindungen (mit Ausnahme der Ortsdurchfahrten) übernommen; denn den gemeinde- bzw. landkreisübergreifenden Radschnellverbindungen kommt eine ähnliche Verkehrsbedeutung wie einer Landesstraße zu.

Wir erwarten bei der derzeitigen Finanzlage der Kommunen kein schnelles und einheitliches Fortkommen der Radschnellwege im Land. Für die umweltpolitisch dringenden und wichtigen Ziele - CO₂ einzusparen und gesundheitsgefährdenden Feinstaub durch Autoverkehr zu vermeiden – wäre es nicht zielführend, die Kommunen durch das Land **nur zu unterstützen**.

Wir sind auch im höchsten Maße enttäuscht, dass das Verkehrsministerium die Entscheidung getroffen hat, nur Radschnellverbindungen im nördlichen Bereich des Landes zu fördern, und hier wiederum die Region um die Landeshauptstadt Stuttgart derart bevorzugt. Lediglich von der Verbindung Heidelberg – Mannheim ist uns bekannt, dass dort schon eine Machbarkeitsstudie „Radschnellwege“ vorliegt. Worin die „hohe Landesbedeutung“ der genannten Strecken liegen soll, erschließt sich uns nicht. Auch im Süden ist eine bessere Lebensqualität wertvoll. Auf Grund der intensiven und engagierten Vorarbeit, die in unserem Regionalverband bereits geleistet wurde, empfinden wir dies als

Zurücksetzung unserer Region im Süden Baden-Württembergs. Von einer gerechten räumlichen Verteilung der Pilotprojekte im Land kann hier nicht die Rede sein.

Sehr geehrter Herr Minister Herrmann, im Sinne einer landesweit gerecht verteilten Förderung von zukunftstauglicher Verkehrsinfrastruktur fordern wir als Grüne Fraktion im Regionalverband Südlicher Oberrhein, dass zumindest zugesagt wird, je eine Radschnellverbindung im Raum Offenburg und im Raum Freiburg in gleichem Maße zu fördern, d.h. dass die Baulastträgerschaft durch das Land übernommen wird.

Mit freundlichen und erwartungsvollen Grüßen,

Angelika Schwarz-Marstaller, Fraktionssprecherin